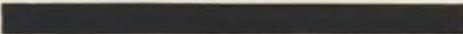


**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5835
3001 Bern
Tel. 031 44 24 30
Fax 031 44 24 30

An die Deutschschweizer Medien



Pressedienst Nr.2
6. April 1993

Sehr geehrte Damen und Herren

In diesem zweiten Pressedienst möchte ich Sie vor allem auf die nationale Pressekonferenz des überparteilichen "Schweizerischen Aktionskomitees gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am 6. Juni 1993" sowie auf drei regionale Erlebnis-Pressekonferenzen hinweisen.

Die Pressekonferenz des Aktionskomitees findet am 19. April 1993 in Bern statt (s. Einladung in der Beilage). Die drei regionalen Pressekonferenzen werden durch die kantonalen Stützpunkte (s. Dokumentation in der Beilage) organisiert, und zwar in den Regionen SG/AR (am 27. April), LU (am 4. Mai 1993) und BE/SO (am 5. Mai). Genauere Angaben erhalten Sie direkt bei diesen Stützpunkten, jedoch auch bei uns (Tel. 031/44 24 30)

In diesem Pressedienst kann ich Ihnen folgende Beiträge zur freien Verwendung zur Verfügung stellen:

1. Einladung zur Pressekonferenz des Aktionskomitees
2. Sicherheitspolitik als Bestandteil der Friedenspolitik
Von Ständerätin Christine Beerli (FDP/BE)
3. Keine Zweifel am doppelten Nein
Von Ständerat Hans Uhlmann (SVP/TG)
4. Unsere Sicherheit steht auf dem Spiel
Von Ständerat Hans Jörg Huber (CVP/AG)
5. Flugzeugbeschaffung aus wirtschaftlicher Sicht
Von Dr. Daniel Heller, Grossrat (FDP/AG)

6. Ihre Privatversicherung ist ohne staatlichen Schutz nutzlos
"Schweizerischen Aktionskomitees gegen eine Schweiz ohne Schutz:
2 x Nein am 6. Juni 1993"
7. Kantonale Stützpunkte
Dokumentation
8. Bildmaterial

Im voraus danke ich Ihnen für Ihr Interesse an unserer Arbeit und für Ihre Mitarbeit der der Informationsvermittlung.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Presseausschuss des
"Schweizerischen Aktionskomitees
gegen eine Schweiz ohne Schutz:
2 x Nein am 6. Juni 1993":

Anna-Marie Kappeler

Beilagen erwähnt

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5835
3001 Bern
Tel. 031 44 24 30
Fax 031 44 24 30

An die Bundeshausjournalisten
und die Inlandredaktoren

Pressedienst Nr. 2
6. April 1993

Sehr geehrte Damen und Herren
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Das "Schweizerische Aktionskomitee "Gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am 6. Juni 1993" lädt Sie ein zu seiner

PRESSEKONFERENZ

Montag, 19. April 1993, im Hotel Schweizerhof Bern,
Restaurant Français, 09:30 bis 11:00 Uhr

Vier Co-Präsidenten des überparteilichen Aktionskomitees "gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am 6. Juni 1993" werden Ihnen ihre Argumente gegen die Anti-Waffenplatz-Initiative sowie die Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative, die am 6. Juni 1993 zur Abstimmung gelangen, vortragen.

Ein Soziologe informiert sie sodann über Trends und Tendenzen in der sicherheitspolitischen öffentlichen Meinung.

Folgende Persönlichkeiten werden Ihnen an der Pressekonferenz Red' und Antwort stehen:

Nationalrätin Elisabeth Zölch (SVP/BE)

Ständerat Willy Loretan (FDP/AG)

Ständerat Oswald Ziegler (CVP/UR)

Nationalrat Jean-François Leuba (LPS/VD)

Dr. rer. pol. Karl Haltiner (Soziologe an der Militärischen Führungsschule an der Eidgenössischen Technischen Hochschule [ETH], Zürich)

Eine schriftliche Dokumentation wird vorliegen

Es würde uns freuen, Sie an dieser Pressekonferenz begrüßen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz:
2 x Nein am 6. Juni 1993"
Für den Presseausschuss:

Anna-Marie Kappeler

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5835
3001 Bern
Tel. 031 44 24 30
Fax 031 44 24 30

Pressedienst Nr. 2
6. April 1993

Sicherheitspolitik als Bestandteil der Friedenspolitik

Von FDP-Ständerätin Christine Beerli, Studen (BE)

Einem der ersten Bücher, das ich während meines Studiums zur Hand nahm, war der Satz vorangestellt: "Wo immer sich zwei Menschenfährten hinziehen, da folgt der Streit dicht auf." Nicht gerade eine aufstellende Botschaft für eine junge Studentin, die ihre ersten Kontakte zur Rechtswissenschaft sucht - und doch wohl ungeschminkte, nüchterne Tatsache.

Was haben die Menschen getan, um diesen Zustand nicht zur lebensbedrohenden Anarchie, zu einem System der Herrschaft des Stärkeren auswachsen zu lassen? Sie haben sich zu Staaten zusammengeschlossen und Spielregeln des Zusammenlebens aufgestellt. Bereits Thomas Hobbes, John Locke und Jean-Jacques Rousseau sprachen vom Gesellschaftsvertrag, dem Zusammenschluss zu einer Gesellschaft zum Schutze des Lebens, der Freiheit und des Eigentums. Das Gewaltmonopol wurde auf die Organe des Staates übertragen. Die auf demokratischem Weg vorgenommene Rechtssetzung und die ebenso wichtige konsequente Durchsetzung einmal erlassenen Rechtes dienen demzufolge innerstaatlicher Friedenssicherung. Dies ist der Grund, wieso der Qualität unserer Gerichte so grosse Bedeutung zugemessen werden muss und man mit Gustav Radbruch sagen kann: "Die Besten sind zu Richtern gerade gut genug".

Auf Spielregeln angewiesen

Was hat dies alles mit Sicherheitspolitik zu tun? Für mich sehr viel. Die Funktion der Gerichte für den inneren Frieden hat im Aussenverhältnis der Staaten die Verteidigungsarmee zu übernehmen.

Wir leben in einer Welt, in der keine Mehrheit von Staaten vorhanden ist, die sich unbeeinträchtigt und zuverlässig vom "Glauben an die Grundrechte des Menschen und an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit" (UNO-Charta) leiten lässt. Der UNO-Generalsekretär, Boutros Ghali, spricht heute von einer Phase der "Welt-Unordnung", die von einem "überbordenden Mikronationalismus" und von chaotischen Bürgerkriegen beherrscht wird.

Genausowenig wie Streit zwischen einzelnen Menschen je verschwinden wird, genau sowenig wird zwischen den Staaten je überall friedliche Harmonie herrschen. Auch hier sind wir dringend auf Spielregeln angewiesen und auch darauf, dass das Einhalten dieser Spielregeln zur Not erzwungen werden kann.

Auftrag der Schweizer Armee

Im Bericht 90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz wird der Auftrag der Schweizer Armee dreigliedrig dargelegt: Friedensförderung, Kriegsverhinderung und Verteidigung sowie Hilfeleistung als Beitrag an die allgemeine Existenzsicherung.

Friedensförderung ist eine umfassende Aufgabe, die allgemein durch unsere Aussenpolitik wahrzunehmen ist, die jedoch u.a. auch die Teilnahme an friedenssichernden, friedenserhaltenden und friedensschaffenden Massnahmen mit Blauhelmen oder Blaumützen im Rahmen der internationalen Völkergemeinschaft zum Inhalt haben kann. Eine entsprechende Vorlage wurde in der letzten Session vom Ständerat beschlossen.

Andererseits basiert jedoch in der neuen politischen Lage Sicherheit primär auf der Stabilität des internationalen Staatengefüges. Streitkräfte sind unter diesen Umständen wichtige friedenspolitische Teilinstrumente zur Förderung einer stabilen Staatenordnung und einer stabilen internationalen Friedensordnung. Deshalb ist es zwingend, "Friedensförderung" terminologisch umfassend im Sinne eines erweiterten Schutz- und Sicherheitsbegriffes und unter dem Aspekt eines Stabilitätsbeitrages zu definieren. Streitkräfte, zwar reduziert und umstrukturiert, aber glaubwürdig ausgebildet und ausgerüstet, haben im heutigen Europa zur Förderung des Friedens eine qualitativ neue, umfassendere Aufgabe im Verbund eines breitgefächerten sicherheitspolitischen Instrumentariums übernommen. Der Auftrag zwei an unsere Armee "Kriegsverhinderung und Verteidigung" bildet ebenso wie die friedenserhaltenden Massnahmen und Operationen integralen Bestandteil einer Politik der Friedenswahrung, der Friedenssicherung, eng verbunden mit der Wahrung und Förderung der Stabilität und damit insgesamt der Friedensförderung.

Fazit

Eine glaubwürdige Armee gehört daher, ebenso wie eine solidarische Entwicklungspolitik, die Zurverfügungstellung guter Dienste und eine liberale Handelspolitik zur zeitgemässen Aussenpolitik einer weltoffenen Schweiz. Aus diesem Grunde werde ich mit Überzeugung gegen die am 6. Juni 1993 zur Abstimmung gelangende und alle weiteren Initiativen zur Abschaffung der Armee in Raten der "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA)" antreten.

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5835
3001 Bern
Tel. 031 44 24 30
Fax 031 44 24 30

Pressedienst Nr. 2
6. April 1993

Keine Zweifel am doppelten Nein

Von SVP-Ständerat Hans Uhlmann, Bonau (TG)

Die beiden Initiativen vom 6. Juni verschweigen das Thema Armeeabschaffung. Doch die eine verunmöglicht die Modernisierung unserer veralteten Luftwaffe und die andere will unseren Wehrmännern und Rekruten eine zeitgemässe Ausbildung verwehren. Letztendlich ist das Ziel der beiden Initiativen klar: Die Glaubwürdigkeit unserer Armee soll untergraben werden.

Die Waffenplatz-Initiative ist hinterhältig. Sie richtet sich gegen den einzelnen Angehörigen der Armee. Eine moderne und gute Ausbildung war lange Zeit ein grosses Manko in unserer Armee. Die entsprechenden Defizite wurden erkannt. Die militärischen Verantwortlichen merzten die Fehler aus. Sie wollen den Wehrmännern und Rekruten in WK und RS etwas bieten. Eine sinnvolle und effiziente Ausbildung wird angestrebt. Dazu gehören auch die militärischen Bauten und die Modernisierung der Waffen- und Schiessplätze. Das erhöht die Motivation der Soldaten und leistet einen Beitrag zur Sicherheit bei der Ausbildung. Das Unfallrisiko kann wesentlich reduziert werden. Zudem ermöglichen moderne Einrichtungen eine effiziente und den modernen Erkenntnissen entsprechende Ausbildung.

So zeigt beispielsweise die Situation in Frauenfeld, dass ein Waffenplatz verschiedene Entwicklungen durchmacht. Die Anforderungen ändern sich ständig. Anpassungen sind nötig. Bei einer Annahme der Initiative wären weitere Ausbau- und Sanierungsschritte nicht mehr möglich. Moderne Simulatoren, die nicht nur der besseren Ausbildung dienen, sondern durch die Reduktion von Verkehrskilometern und Schiesslärm auch dem Umweltschutz, brauchen spezielle Gebäulichkeiten. Es braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, was dies für die Zukunft bedeutet.

Auch anderswo besteht ein Bedarf zur Sanierung veralteter Ausbildungs- und Schiessplätze. Die Annahme der Initiative würde diese Projekte gefährden und damit die Ausbildung erschweren, wenn nicht gar verunmöglichen. Die Reduktion der Truppenbestände verlangt aber mehr denn je nach einer guten Ausbildung der Rekruten und Soldaten.

Ebenso trügerisch ist auch die Initiative "für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge". Sie ist in der Strategie der "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA)" ein weiterer Schritt zur Realisation der Armeeabschaffung. Das Ziel der Initianten ist klar. Der Armee

soll eine Entwicklung entsprechend den Anforderungen unserer Zeit verwehrt werden. Damit soll erreicht werden, dass die Armee ihren Anforderungen nicht mehr gerecht wird und ebensogut abgeschafft werden könnte. Die GSoA hat eingesehen, dass dies der einzige Weg ist, einmal eine Mehrheit gegen die Armee finden zu können. Deshalb wird zu solchen Initiativ-Tricks gegriffen. Dringende und zentrale Beschaffungen sollen blockiert und verunmöglicht werden. Die GSoA weiss genau, dass die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges für die Wehrkraft unserer Armee von herausragender Bedeutung ist. Aus diesem Grund setzen die Armeeabschaffer den Hebel hier an. Damit geben sie aber gerade eindeutig zu, wie wichtig der F/A-18-Kauf für unsere Wehrkraft ist.

Deshalb sollten sich alle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger intensiv mit den beiden Initiativen auseinandersetzen. Wer für unsere Neutralität, für unsere Armee und für die Selbständigkeit der Schweiz ist, muss am 6. Juni 1993 unbedingt zweimal Nein stimmen.

"Schweizerisches Aktionskomitee gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am 6. Juni 1993"

Presseausschuss
Postfach 5835
3001 Bern
Tel. 031 44 24 30
Fax 031 44 24 30

Pressedienst Nr. 2
6. April 1993

Unsere Sicherheit steht auf dem Spiel

Von CVP-Ständerat Hans Jörg Huber, Zurzach (AG)

Am 6. Juni 1993 wird die Schweiz erneut eine historische Abstimmung bestehen müssen: Die Anti-Waffenplatz-Initiative und die Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative stehen zum Entscheid an. Drei Dinge haben die beiden Initiativen gemeinsam. Sie sind Bestandteil einer Serie von Volksinitiativen, welche die "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA)" und die Sozialisten seit Jahren lancieren. Wir wissen heute schon, dass eine neue "Abschaffungsinitiative" aufgelegt wird, eine Anti-Zivilschutzinitiative dazu, wie immer der Entscheid am 6. Juni 1993 ausfallen wird.

Ohne Dach über dem Kopf?

Die Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative umfasst zwei Hauptpunkte: das Verbot des Kaufes von 34 F/A-18 Flugzeugen als Ersatz für über 100 Hunter-Jagdflugzeuge aus den 70er Jahren. Eine Modernisierung der kleinen Flugwaffe der Schweiz soll verhindert werden. Damit verliert das Land, die Zivilbevölkerung, der Soldat das "Dach über dem Kopf". Damit nicht genug: mit einem weiteren Moratorium will man die Modernisierung der veralteten Flugwaffe sogar bis zum Ende des Jahrhunderts verhindern. Kennt man das Beispiel der Finnen nicht, die als "ärmeres" Land vor nicht allzu langer Zeit - mit einer Frau als Verteidigungsministerin - den Kauf von 64 Flugzeugen desselben Typs beschlossen haben? Ist das für uns Gift, was für die Finnen praktizierte Vernunft darstellt? Oder besteht der Unterschied gar darin, dass die Finnen 1940 gelernt haben, dass nur der eine Zukunft hat, der sich selber zu verteidigen weiss?

Gegen den Soldaten gerichtet

Die zweite Initiative richtet sich, entgegen ihrem Titel, gegen militärische Bauten überhaupt. Die Werke der Eidgenossenschaft stehen nicht unter dem kantonalen Baurecht, um es etwas pauschal zu sagen. Nun soll jede Übermittlungszentrale, jeder Kommandoposten, jedes Geländehindernis sich nach dem zivilen Baupolizeirecht richten, obwohl der Bund sich dem Raumplanungsrecht und dem Umweltschutzgesetz unterstellt. Man will dem Soldaten mit den mangelnden Flugzeugen nicht nur das "Dach über dem Kopf" wegnehmen, sondern ihn auch der Chance der Deckung gegen Feindeinwirkung berauben. Führungsbauten, deren Innenleben geheim sein müssen, sollen im

Baubewilligungsverfahren ausgebreitet werden. Und daneben will man die Zahl der Ausbildungsplätze begrenzen, ihre Modernisierung erschweren, die Erweiterung verhindern. Der Anlass für das Ganze ist der Ersatz des von der Autobahn "aufgefressenen" Waffenplatzes St. Gallen, der unter grösster Schonung der Natur in Neuchlen-Anschwilen gebaut wird. Ja, er wird gebaut, Teile stehen schon, sie sollen "rückwirkend" wieder abgerissen werden, obwohl die Notwendigkeit eindeutig gegeben ist.

Dem Parlament ins Handwerk gepfuscht

Die Initiativen stammen von links, sie richten sich gegen die Landesverteidigung, und sie tragen den Makel der Rückwirkung. Mir ist klar, dass diese letzte Gemeinsamkeit den Bürger weniger stört, wohl aber den Politiker. Die angefochtenen Entscheide liegen eindeutig in der Kompetenz des Parlaments, das denn auch in beiden Fällen klar gegen die Meinung der Initianten entschieden hat. Mit Rückwirkungsklauseln umgeht man die Kompetenzordnung im Staat.

- Die beiden Initiativen sind für die Armee in hohem Masse schädlich. Die Aufrechterhaltung des Schutzes des Landes nach aussen ist nach wie vor eine zentrale Aufgabe des Bundes. Dafür brauchen wir eine wirkungsvolle Armee, wie wir sie mit der Armee 95 realisieren wollen. Dieses Ziel können wir nur erreichen, wenn wir die beiden armee-feindlichen Volksinitiativen am 6. Juni dieses Jahres deutlich ablehnen.

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5835
3001 Bern
Tel. 031 44 24 30
Fax 031 44 24 30

Pressedienst Nr. 2
6. April 1993

Flugzeugbeschaffung aus wirtschaftlicher Sicht

Dr. Daniel Heller, Grossrat (FDP), Aarau

Friede braucht Schutz - deshalb benötigt unser Land weiterhin eine glaubwürdige Landesverteidigung. Zu ihr gehört eine moderne Flugwaffe. Dass das teure Rüstungsgeschäft F/A-18 auch aus wirtschaftlicher Sicht verantwortungsvoll und mit bestmöglichem Nutzen für unser Land abgewickelt wird, ist ein erfreulicher Nebeneffekt.

Neben der Propagierung einer diffusen Friedenspolitik als Alternative zur bewährten Sicherheitspolitik macht die "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee" (GSoA) in ihren Argumentarien zur Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative vor allem volkswirtschaftliche und sozialpolitische Gründe gegen den geplanten Flugzeugverkehr geltend. Eine oft gehörte Behauptung lautet: "Das für den F/A-18-Kauf investierte Geld sollte besser für zivile Arbeitsplätze als in der Rüstungsindustrie ausgegeben werden. Damit würde man zukunftsträglichere Arbeitsplätze schaffen, die erst noch um einiges billiger wären!"

Damit sind die direkten und indirekten Gegengeschäfte der Schweizer Industrie angesprochen, die im Gegenzug zum allfälligen Flugzeugkauf mit der amerikanischen Regierung und dem Flugzeughersteller vereinbart worden sind. Bei einem Kauf des F/A-18 für 3,5 Mia. Franken fliessen auf direktem Weg durch eine teilweise Lizenzfertigung 300 Mio. Franken und auf indirektem Weg über Kompensationsgeschäfte ungefähr 2 Mia. Franken in die Schweiz zurück. Dieser Kauf würde somit in der heutigen Rezession zur Ankurbelung der Wirtschaft beitragen und beispielsweise in der Industrie während den nächsten zehn Jahren rund 20 000 Mannjahre Arbeit garantieren. Investitionen ziviler Art in dieser Grössenordnung sind momentan nirgends in Sicht!

Grundzüge der Rüstungspolitik-Industrie

Die Beteiligung der Schweizer Industrie stellt auch beim Kauf ausländischer Rüstungsprodukte ein prioritäres Ziel dar. Viele hochkomplexe Systeme wie ein Kampfflugzeug müssen heute zwangsläufig im Ausland gekauft werden. Unsere Industrie ist allein nicht mehr in der Lage, solch komplizierte Waffensysteme zu bauen. Trotzdem ist unsere Armee zur Auftragserfüllung immer mehr auf derartige Waffensysteme angewiesen. Der Bundesrat hat die Auswahl und den Kauf ausländischer Rüstungsgüter in seinen Richtlinien zur Rüstungspolitik vom 14. März 1983 festgelegt. Ziel beim Kauf von

ausländischen Produkten soll demgemäss die Ermöglichung von Know-how Transfer im High-Tech Bereich und eine Erhaltung von bestehenden Arbeitsplätzen in der eigenen Industrie sein.

Beim F/A-18 Kauf kommt eine Mischform der oben genannten direkten und indirekten Beteiligung unserer Industrie zur Anwendung. Bezüglich finanziellem Volumen liegt die Priorität bei der indirekten Beteiligung der Kompensationsgeschäfte. Das ganze Geschäft wickelt das EMD als Schaltstelle zu den amerikanischen Partnern über das bekannte "Foreign Military Sales"-Programm (FMS) ab. Dabei tritt das US-Verteidigungsministerium als Verkäuferin auf und kann so der Schweizer Industrie bei den Kompensationsgeschäften auf dem amerikanischen Rüstungsmarkt genau die gleichen Bedingungen garantieren wie einheimischen Rüstungsfirmen oder Firmen der NATO-Partner.

Solche erleichterten Marktzugänge sind für unsere Industrie gerade nach dem EWR-Nein sehr wichtig und setzen positive wirtschaftspolitische Signale! Trotz diese optimalen Startbedingungen müssen sich die beteiligten Schweizer Firmen gegenüber den amerikanischen Partnern selbst um ihre Aufträge bemühen und sich mit konkurrenzfähigen Produkten durchsetzen. Im Namen des EMD überwacht die GRD nur die korrekte Abwicklung dieser Geschäfte. Bis heute sind bereits Kompensationsgeschäfte in der Höhe von 465 Mio. Franken mit 148 Firmen zugesichert. Diese würden auch bei einer Annahme der Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative getätigt. Diese Vorleistung demonstriert das grosse Interesse der USA an diesem Geschäft.

Der F/A-18 sichert Arbeitsplätze und Technologieerwerb

Für die direkte Beteiligung durch teilweise Lizenzfertigung des F/A-18 in der Schweiz beträgt das Auftragsvolumen 300 Mio. Franken. Es beinhaltet die Fertigung von verschiedenen Zellenbaugruppen, Mechaniksystemen und Triebwerksteilen sowie die Endmontage von 32 Flugzeugen im Eidgenössischen Flugzeugwerk Emmen. Bei einem zwar leicht billigeren Kauf ab Stange hätte die Schweiz später Unterhaltsprobleme infolge fehlendem Know-how.

Bei den indirekten Beteiligungen durch Kompensationsgeschäfte haben sich der F/A-18 Hersteller McDonnell-Douglas und seine Unterlieferanten für Gegengeschäfte in der Höhe von 2 Mia. Franken verpflichtet. Dieses Vorgehen hat sich bereits bei der "Tiger"-Beschaffung bewährt. Zusätzlich wird im Rahmen der Kompensationsgeschäfte den Schweizer Hochschulen eine interessante Zusammenarbeit mit der Industrie auf wichtigen naturwissenschaftlichen Bereichen wie der Optoelektronik oder der Werkstoffkunde angeboten. So bleiben diese Institute bei den neuesten technischen Entwicklungen am Puls weltweit führender Industrieunternehmungen.

Sicherheitspolitisch unverzichtbar, volkswirtschaftlich sinnvoll

Volkswirtschaftlich bietet der geplante Kauf des F/A-18 zu einem international üblichen Preis für ein modernes Kampfflugzeug der vierten Generation (Bsp.: Tornado, F-15, F-14, Mig-29, Mig-31 usw.) und durch direkte und indirekte Beteiligungen für unsere Industrie also einen optimalen Rüstungs- und sicherheitspolitischen Kompromiss zur Erhaltung einer erneuerten und schlagkräftigen Luftwaffe. Diese Form des Erwerbs von Rüstungsgütern bleibt auch in Zukunft aktuell, weil neben dem zu kleinen Heimmarkt in der hart umkämpften Schweizer Rüstungsindustrie die politischen Vorgaben des Waffenexportes aus der Schweiz immer restriktiver werden. Für den Erhalt einer glaubwürdigen und auftragsgenügenden Armee ist das F/A-18 Geschäft zentral und muss an der Urne unbedingt mit einer Ablehnung der Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative unterstützt werden!

Wer profitiert von den Kompensationsgeschäften?

Die Liste der Schweizer Firmen, die von Gegengeschäften aus dem geplanten Flugzeugkauf profitieren, ist lang. Es sind Firmen aus allen Landesteilen beteiligt. Insbesondere profitieren die folgenden Branchen:

- Maschinenindustrie / Metallwaren
- Textil- und Bekleidungsfabrikation
- Schuhproduktion und Lederverarbeitung
- Elektronik
- Telekommunikation
- Optik
- Batterien / Akkumulatoren
- Fahrzeugfabrikation
- Kabelherstellung
- AC-Schutzmaterial
- Verpackungs- und Kunststoffindustrie

Zudem werden auch Kompensationsaufträge an Firmen aus den Dienstleistungsbereichen Service, Spedition und Transport vergeben.

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Presseausschuss
Postfach 5835
3001 Bern
Tel. 031 44 24 30
Fax 031 44 24 30

Pressedienst Nr. 2
6. April 1993

Ihre Privatversicherung ist ohne staatlichen Schutz nutzlos!

Jeder der 6.8 Mio. Bewohner der Schweiz lässt sich seine private Sicherheit einiges kosten: Rund 4'000.-- Franken kommen ihm die Versicherungsprämien jährlich zu stehen. In 30 Jahren ergibt das die stolze Summe von 120'000.-- Franken pro Kopf. Damit diese Investition überhaupt wirksam werden kann, bedarf es gewisser Rahmenbedingungen und Sicherheiten auf staatlicher Ebene: eine gesunde Wirtschaft, eine stabile Währung, intakte politische Verhältnisse, funktionierende staatliche Institutionen, eine leistungsfähige Verteidigungsarmee, um nur einige zu nennen. Wir würden unser Geld kaum in Länder investieren, die kein funktionierendes Staatswesen haben und nicht gewisse Sicherheitsgarantien geben könnten. Ebenso logisch ist, dass eine Privatversicherung beispielsweise im heutigen Ex-Jugoslawien nur noch Makulatur ist. Denn ein solches Papier bietet keinen Schutz für Leib und Leben, geschweige denn vor Hunger und Kälte.

Trotz der grossen Bedeutung des staatlich garantierten Schutzes für die private Sicherheit jedes einzelnen wird immer wieder die Höhe der Kosten für diesen Schutz (Militärausgaben) in Frage gestellt. Neue Aktualität erlangt die Kostenfrage im Zusammenhang mit der GSoA-Initiative "Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge". Die Beschaffung der 34 F/A-18 sei "sozial unverträglich" und "finanziell katastrophal". Bei näherer Betrachtung stellt sich heraus, dass diese Investition nicht nur notwendig, sondern auch in finanzieller Hinsicht gerechtfertigt ist. Bei den 27.2 Milliarden Franken, die wir jährlich für unsere private Sicherheit ausgeben, sind die rund 5.5 Milliarden - also fünfmal weniger -, die wir für unsere Verteidigung aufwenden, nicht überrissen. Doch die Armeeabschaffer gehen noch weiter und stellen die 3.5 Milliarden Franken für die Beschaffung der Flugzeuge zur Diskussion, obwohl diese im Rahmen des vorgegebenen Militärbudgets und verteilt in Tranchen von 500 Millionen vorgenommen wird.

Es ist eigentlich paradox: Einerseits bezahlen wir jährlich ohne viel Aufhebens 4'000.-- Franken Versicherungsprämien, andererseits wird ein Riesenwirbel um die Beschaffung neuer Flugzeuge gemacht, die im Rahmen des ordentlichen EMD-Budgets vollzogen wird und nicht einmal eine Mehrbelastung zur Folge hat.

Die Diskussion um die Kostenfrage zeigt, dass Werte wie Frieden in Freiheit, garantiert durch eine leistungsfähige Verteidigungs-Armee, für uns zu einer langweiligen Selbstverständlichkeit geworden sind. In einer Zeit, wo das individuelle Wohlbefinden und die

persönliche Sicherheit erste Priorität hat, vergisst man allzu leicht, auf welchen Faktoren und Rahmenbedingungen dieser Zustand basiert. Es gilt, am 6. Juni wachsam zu sein und dem verfängerischen Kostenargument der Initiative nicht zu verfallen.

"Schweizerischen Aktionskomitees
gegen eine Schweiz ohne Schutz:
2 x Nein am 6. Juni 1993"

**"Schweizerisches Aktionskomitee
gegen eine Schweiz ohne Schutz: 2 x Nein am
6. Juni 1993"**

Geschäftstelle Zürich
Postfach 502
8034 Zürich
Tel. 01 382 22 88
Fax 01 383 82 27

Kantonale Stützpunkte militärpolitische Vorlagen

AG

Lotti Wanner
Sekretariat FDP
Laurenzenvorstadt 79
Postfach 2735
5001 Aarau
Tel. 064 24 54 21
FAX 064 24 11 84

AI/AR/SG

Peter Weigelt
Weigelt & Braun
Kommunikation und PR
Röschstrasse 18
Postfach
9006 St. Gallen
Tel. 071 25 76 10
FAX 071 24 75 54

BE

Christoph Erb
Kantonal-Bernischer Gewerbeverband
3400 Burgdorf
Tel. 034 22 98 66
FAX 034 23 07 32

BS/BL

Dr. iur. Luc Saner
Advokat
Beim Goldenen Löwen 13
4052 Basel
Tel. 061 272 39 39
FAX 061 272 39 11

FR

Responsable cantonale:

Madame Monique Pichonnaz Oggier
Parti radical démocratique fribourgeois
Case postale 662
1704 Fribourg
Tel. 037 22 18 01
Fax 037 22 26 45

Armin Haymoz
UCAM
Bd de Pérolles 55
1705 Fribourg
Tel. 037 82 13 61
FAX 037 24 44 20

GL

Marianne Dürst
Sekretariat FDP
Linth-Escher-Strasse 7
8865 Bilten
Tel. 058 37 20 88 p.
Fax 058 37 20 55 p.
Tel. 058 61 15 32 G.
FAX 058 61 47 76 G.

GR

Patrik Wagner
Sekretariat FDP
Promenade 77
Postfach 200
7270 Davos-Platz
Tel. 081 43 50 15
FAX 081 43 47 90

LU

Peter Steiner
Schlüsselacher 12
Postfach 3282
6130 Willisau
Tel. 045 81 22 62
FAX 045 81 17 64

NW

Katharina Blume
Sekretariat FDP
Postfach
6370 Stans
Tel. 041 61 04 49
Fax -

OW

Paul Zumstein
Sekretär des Gewerbevereins
Hostatt 11
6060 Sarnen
Tel. 041 66 73 66
FAX 041 66 73 32

SH

Jürg Kaufmann
Sekretariat SVP
Im Hanffeld 109
8455 Rüdlingen
Tel. 01 867 34 89
Fax 01 867 14 36

SZ

Siegfried Albertin
Seilerstrasse 3A
6438 Ibach
Tel. 043 21 72 81 p.
Tel. 042 31 67 44 G.
Fax 042 31 15 53

ZG

Bruno Fäh
Sekretariat CVP
Mühlegasse 46
6340 Baar
Tel. 042 31 47 34
FAX 042 31 48 48

ZH

Christian Bretscher
PIAR AG für Oeffentlichkeitsarbeit
Splügenstrasse 10
8027 Zürich
Tel. 01 201 19 19
FAX 01 202 76 92

SO

Andreas Gasche
FDP des Kantons Solothurn
Krummturmstrasse 15
4502 Solothurn
Tel. 065 22 31 66
Fax 065 23 24 26

Eduard Tschachtli
Büro Tschachtli
Werkhofstrasse 47
4500 Solothurn
Tel. 065 23 24 94
FAX 065 22 26 60

TG

Ruedi Schläpfer
Sekretariat FDP
Toggenburgerstrasse 5
9532 Rickenbach
Tel. 073 23 12 32
Fax 073 23 26 67

UR

Franz Huber
Präsident FDP
Postfach 120
6460 Altdorf
Tel. 044 2 07 70
FAX 044 2 07 75

VS

Monsieur Adolphe Ribordy
Secrétaire général du Parti
radical démocratique valaisan
Case postale 295
1920 Martigny
Tel. 026 22 65 76
Fax 026 22 49 18

Bild 2

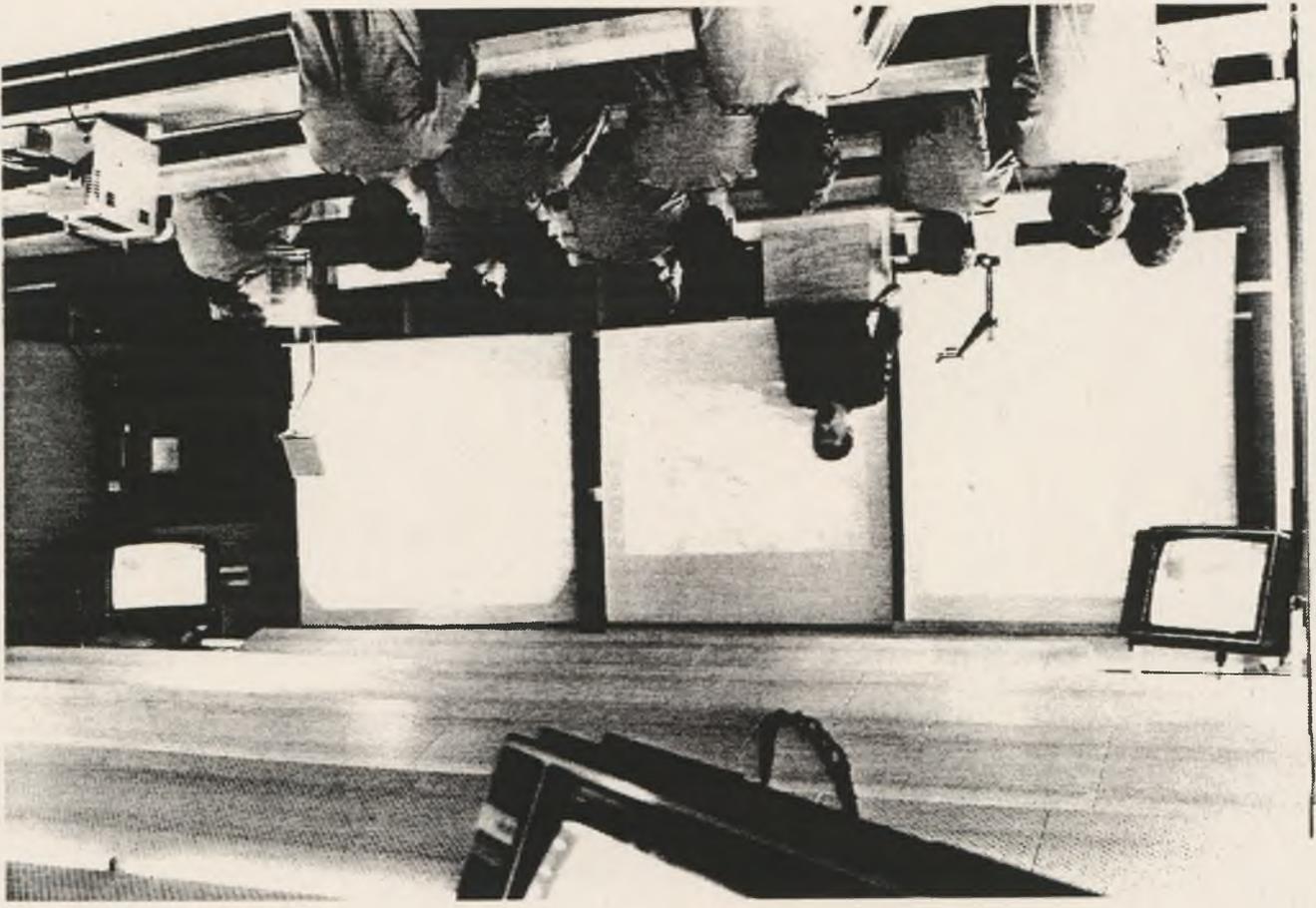


Bild 1

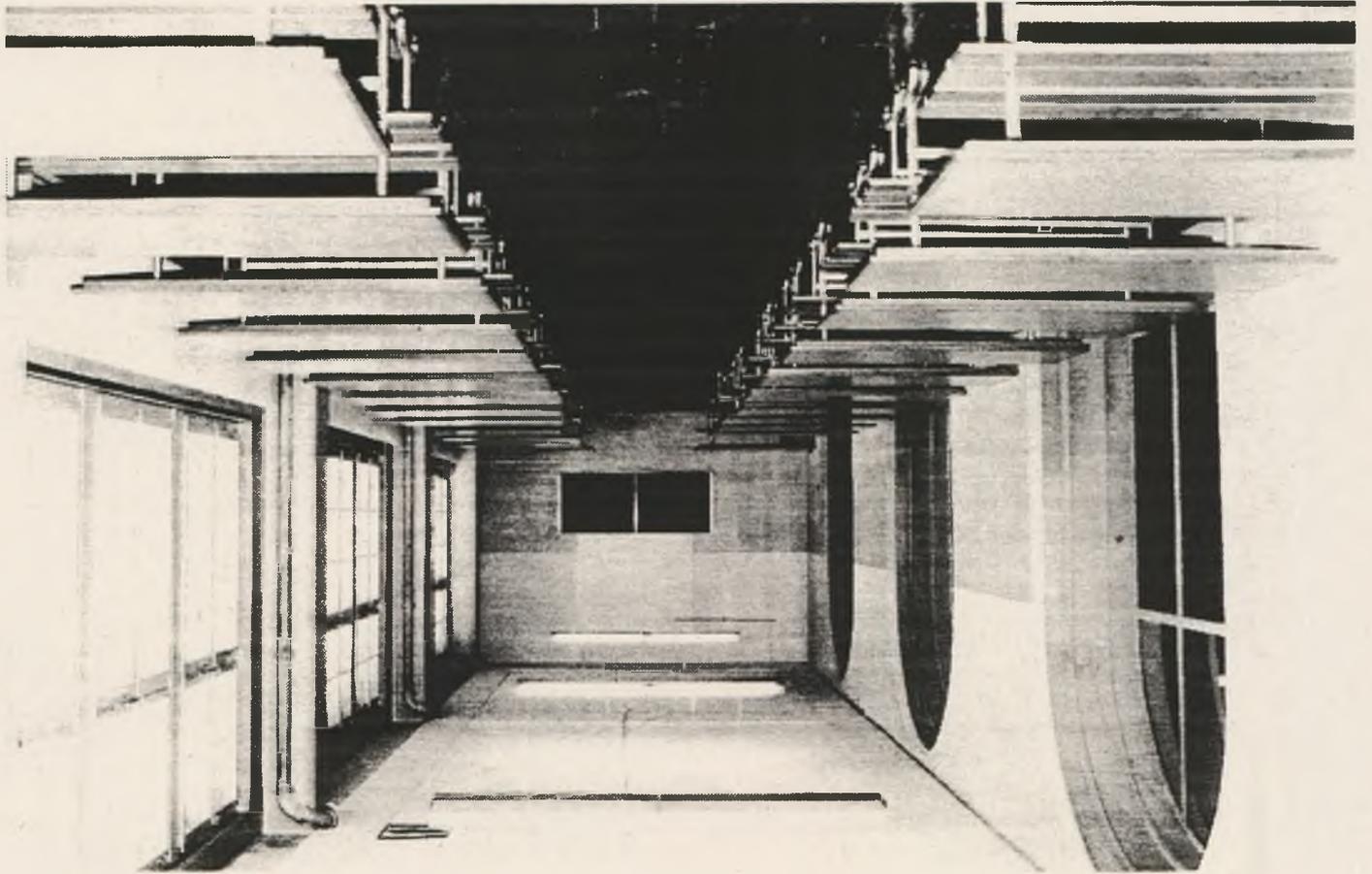


Bild 1: Das Bild eines alten Theoriesaales aus der Kaserne Bern erinnert an das Wort «Wenn alles schläft und einer spricht, dann nennt man dieses Unterricht». Kunststück, ist man versucht zu sagen ...

Bild 2: Die Verkürzung der Ausbildungszeiten beim Armeeleitbild «95» erfordert eine effiziente Schulung. Das Erstellen zweckmässiger Bauten und das Ersetzen veralteter Strukturen wäre bei Annahme der Waffenplatzinitiative nicht mehr möglich. Unser Bild zeigt einen modernen Theoriesaal in der Kaserne Wangen a.A

Bild 3: Die Armee versucht punkto moderner Ausbildung mit den zivilen Unterrichtstechniken Schritt zu halten. Unser Bild zeigt computerunterstützten Unterricht in der Kaserne Chamblon.

Bild 4: In der militärischen Ausbildung gehören Simulatoren (Bild: Panzersimulatoren auf dem Waffenplatz Thun) und andere High-Tech-Einrichtungen heute zum Alltag. Solche Anlagen brauchen aber geeignete Bauten, die bei der Annahme der Waffenplatz-Initiative nicht mehr verwirklicht werden könnten.

(Alle Fotos: Aktionskomitee «2 x Nein am 6. Juni 1993»)

Diese Fotos sind als reprofähige Halbtonvorlagen erhältlich.
Bestellungen nimmt Frau Eva Schaetti (Tel. 01/382 22 94, Fax 01/383 82 27) entgegen.



Bild 3

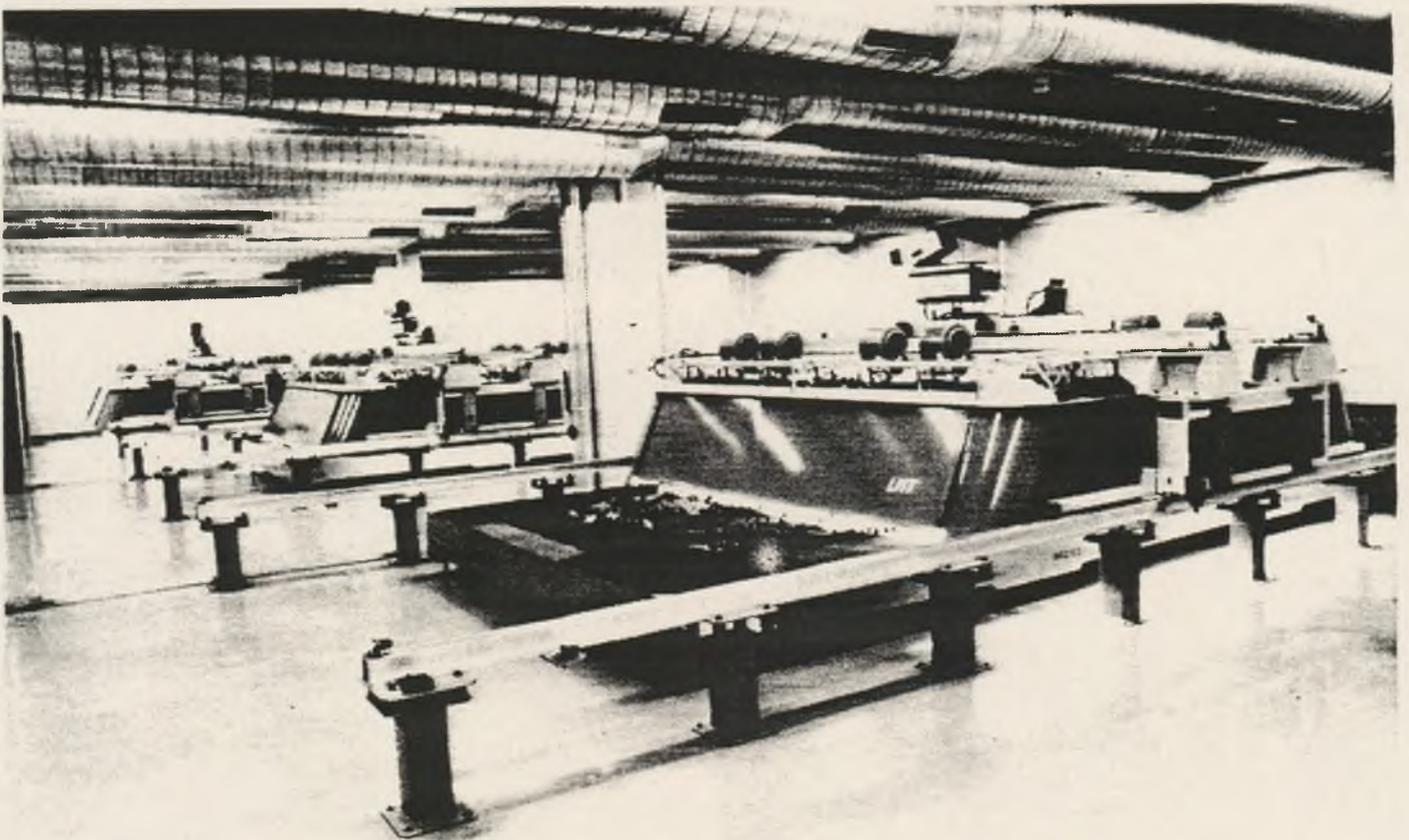


Bild 4